

Oberurseler Bürgerfreund

Allgemeiner Anzeiger für Oberursel u. Umgegend • Amtl. Verkündigungs-Organ der Stadt Oberursel

Erscheint Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Samstags. Bezugspreis: Monatlich 90 Pfennig frei ins Haus; durch die Post vierteljährlich RM 2.70 ohne Bestellgeld. Postfachkonto: Frankfurt a. M. 10 392.



Anzeigenpreis beträgt für die Spaltige Zeile oder deren Raum 20 Pf. Bei Wiederholungen entsprechend. Rabatt. Reklamen pro Zeile 80 Pfennig. Begründet 1863. Geschäftslokal: Ecke Gartenstraße. Telefon Nr. 103.

Der „Oberurseler Bürgerfreund“ hat in Oberursel von den hier gelesenen Zeitungen die meisten Abonnenten.

Amtlicher Teil. Aufruf!

Die Demobilisierung hat begonnen, unsere Feldgrauen kehren in die Heimat zurück. Alles kommt jetzt darauf an, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, in Stadt und Land Gelegenheit zu redlicher Arbeit zu schaffen, denn Arbeitslosigkeit bringt die Gefahr von Hungernot und Ausschreitungen. Schon sind Stadt und Gemeinden am Werke, für die fortfallenden Heeresaufträge durch Inangriffnahme größerer Arbeiten und Erteilung mannigfaltiger Aufträge Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst zu bieten. Damit geschieht aber nicht genug; auch für den Handwerker, der an diesen öffentlichen Arbeiten keinen Anteil gewinnt, muß gesorgt werden. Deswegen ergeht außer an die öffentlichen Körperschaften auch an jeden Privatbetrieb und Privathaushalt der Ruf: Denkt an die Handwerker, die aus dem Felde oder aus dem Hilfsdienst heimkehren und jetzt wieder Arbeit und Brot haben wollen und haben müssen. In jedem Betriebe und Haushalte werden Arbeiten und Anschaffungen vorzunehmen sein, die während des Krieges zurückgestellt waren, wird es Reparaturen und Ausbesserungen geben, die schon längst hätten ausgeführt sein sollen. Jetzt ist die rechte Zeit, sie in Auftrag zu geben. Damit für den einzelnen verbundene kleine Geldopfer müssen gebracht werden. Verlasse sich niemand darauf, daß vielleicht in wenigen Wochen die Preise niedriger sein werden. Bleiben unsere Handwerker und Geschäftsleute jetzt ohne Verdienst, so können daraus Umstände entstehen, die der Gesamtheit und jeden einzelnen unendlich viel teurer zu stehen kommen.

Bad Homburg v. d. H., den 6. Dezember 1918.
Der Landrat.

An die Gemeindebehörden des Kreises.

Nach Mitteilung des stellvertretenden Polizeipräsidenten in Frankfurt a. M. ist der Zustuß von Arbeitskräften auch aus den Orten des Regierungsbezirks Wiesbaden in Frankfurt am Main groß. Den in Frankfurt zuziehenden Arbeitern kann dort mit Rücksicht darauf, daß sie nicht ortsanfänglich sind, Erwerbslosenunterstützung nicht gewährt werden, jedoch ihre Lage eine äußerst bedenkliche wird.

Ich ersuche, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß der weitere Zustuß von Arbeitnehmern, die vor dem Krieg hier ansässig waren, nach der Stadt Frankfurt a. M., soweit sie nicht von dortigen Arbeitsamt vermittelt werden, unterbleibt.

Bad Homburg v. d. H., den 7. Dezember 1918.
Für den Volksgauausschuß des Kreises: Der Landrat: Rintelien. v. Marx.

Wird veröffentlicht:

Oberursel (Taunus), den 14. Dezember 1918.
Der Magistrat: Füller.

Bekanntmachung.

über den Verkauf und die Höchstpreise von Pferdefleisch.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (R.G.B. S. 607), vom 4. November 1915 (R.G.B. S. 728), der Bekanntmachung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (R.G.B. S. 401) und der Bekanntmachung über Pferdefleisch vom 13. Dezember 1916 (R.G.B. S. 1357) nebst den dazu erlassenen Ausführungsanweisungen wird für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden folgendes verordnet:

§ 1.

Die Preise für Pferdefleisch dürfen im Kleinhandel bei der Abgabe an den Verbraucher folgende Beträge nicht übersteigen: für ein Pfund Vendenbratfleisch, ausgenommen Frischwurst und Fett: 1.40 Mark.

für ein Pfund Wurstfleisch, ausgenommen Vendenbratfleisch, ohne Knochen: 1.20 Mark.

für ein Pfund Herz und Eingeweide, Kopffleisch, Hackfleisch und andere geringere Sorten Fleisch, ausgenommen Leber: 1 Mark.

für ein Pfund Knochen: 0.10 Mark.

§ 2.

Unbeschadet der gleichen Befugnis der Bezirksfleischstelle werden die Kommunalverbände ermächtigt, zu bestimmen, daß Schlachtpferdehändler und Kofschlächter die Schlachtpferde an sie oder an von ihnen bezeichneten Stelle abgeben. Die gleiche Anordnung können sie treffen hinsichtlich des ausgeschlachteten Fleisches und der Innereien der Pferde. Die Schlachtpferdehändler und Kofschlächter sind verpflichtet, den Anordnungen unweigerlich zu entsprechen.

Der Uebernahmepreis wird durch den Kommunalverband bestimmt unter Zugrundelegung der in § 1 festgesetzten Höchstpreise mit einem nach Lage des Falles angemessenen Abzuge. In Streitfällen entscheidet über die Festsetzung des Preises die Bezirksfleischstelle. Die Abgabe der Ware darf durch die Preisbestimmung nicht aufgehalten werden.

§ 3.

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann das Fleisch und die Fleischwaren, auf die sich die strafbare Handlung beziehen, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden, auch kann Pferdehändlern und Kofschlächtern die Ausweisarte entzogen werden.

§ 4.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Frankfurt a. M., den 9. Dezember 1918.

Bezirksfleischstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Wird veröffentlicht:

Oberursel (Taunus), den 13. Dezember 1918.
Die Polizeiverwaltung: Der Arbeiterrat: Füller. Wid.

Männer-Unterkleider.

Die Stadt hat eine größere Menge ausgebeuerte, gebrauchte Männer-Hemden und Unterhosen in der Preislage von 80 Pfennig bis 3.50 Mark per Stück abzugeben. Muster davon werden: Donnerstag, den 19. Dezember, vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 4 Uhr und Freitags, den 20. Dezember, vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 4 Uhr im Gasthaus „zur Rose“ zur Ansicht ausgestellt, auch sind daselbst Bestellzettel zum Ausfüllen bereitgestellt.

Soweit der Vorrat reicht, werden bis zu drei Stück Hemden und drei Stück Unterhosen an eine Familie abgegeben bzw. Bestellungen darauf entgegengenommen. Kinderreiche Familien können auf Antrag etwas mehr erhalten, wenn der Vorrat es zuläßt.

In einigen Tagen wird bekannt gemacht werden, wann und wo die bestellten Waren gegen Barzahlung abgeholt werden können.

Oberursel (Taunus), den 16. Dezember 1918.

Der Magistrat: Der Arbeiterrat: Füller. Bender.

Polizeisergeantenstelle betr.

Bei der unterzeichneten Verwaltung sind sofort einige Polizeisergeantenstellen für Nacht- und Tagesdienst zu besetzen. Verlangt wird körperliche Rüstigkeit, normales Seh- und Hörvermögen, Nüchternheit und unbedingte Zuverlässigkeit, energisches Auftreten und Schreibgewandtheit.

Bewerber dürfen nicht über 35 Jahre alt und müssen mindestens 1.70 Meter groß sein.

Das Anfangsgehalt der Stellen beträgt 1400 Mark und 125 Mark nicht pensionsfähiges Kleidergeld, steigend von 3 zu 3 Jahren um 100 Mark bis zum Höchstgehalt von 2200 Mark, außerdem 200 Mark jährlich Wohnungsgeldzuschuß.

Die Ausrüstungsfürde liefert die Stadt. Die Stelle ist pensionsberechtigt mit Anspruch auf Witwen- und Waisenversorgung. Die Anstellung erfolgt auf gegenseitige dreimonatliche Kündigung; während der Probezeit besteht sechswochenliche Kündigungsfrist.

Die Bewerbungsstücke sind unter Anschluß der Militärpapiere, Lebenslauf und Zeugnissen sofort einzureichen. Militärarbeitswärter werden bevorzugt.

Oberursel (Taunus), den 16. Dezember 1918.

Die Polizeiverwaltung: Der Arbeiterrat: Füller. Bender.

Feuerwerkskörper betreffend.

Gemäß Verfügung vom 19. Oktober 1893 ist die Abgabe von Feuerwerkskörpern an Personen, von welchen ein Mißbrauch zu befürchten ist, insbesondere Personen unter 16 Jahren verboten und strafbar.

Oberursel (Taunus), den 16. Dezember 1918.

Die Polizeiverwaltung: Der Arbeiterrat: Füller. Bender.

Der Elektrizitätspreis

wird ab 1. Januar 1919 um 5 Pfennig pro Kilowattstunde für Licht und 3 Pfennig für Kraft erhöht.

Oberursel (Taunus), den 14. Dezember 1918.

Der Magistrat: Füller.

Erdbausen betreffend.

Die Besitzer und Pächter von Wiesengrundstücken werden aufgefordert, innerhalb vier Wochen die in den Wiesen befindlichen Erdbausen und Maulwurfsbühgel zu ebten.

Gegen diejenigen Eigentümer oder Pächter, welche dieser Aufforderung nicht in der festgesetzten Frist nachkommen, muß unabweislich auf Grund des Feld- und Forstpolizeigesetzes strafend vorgegangen werden.

Oberursel (Taunus), den 16. Dezember 1918.

Die Polizeiverwaltung: Der Arbeiterrat: Füller. Bender.

Warnung!

Ententetruppen sollen stark mit Geschlechtskrankheiten, besonders mit Syphilis befallen sein.

Oberursel (Taunus), den 13. Dezember 1918.

Der Magistrat: Füller.

Polizeitruppen in der neutralen Zone.

Berlin, 16. Dezember. Das Oberkommando der Alliierten hat dem Verbleiben von Infanterie- und Kavallerie-Friedensgarnisonen als Polizeitruppen in der neutralen Zone sowie auch dem Verbleiben sämtlicher militärischer Verwaltungsbehörden zugestimmt. Das Personal kann wie bisher Uniform tragen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger.

Nichteinberufung des Reichstags.

Berlin, 16. Dezember. (A. F. B.) Der Präsident des Reichstages, Dr. Fehrenbach, hat den Reichstagsabgeordneten mitgeteilt, daß nach der Verlängerung des Waffenstillstandes und der Hinausschiebung der Vorfrüdensverhandlungen zunächst ein Bedürfnis für den Zusammenritt des Reichstags nicht besteht.

Die deutschen Kolonien.

Paag, 16. Dezember. Nach einer Meldung aus Johannesburg erklärte der Generalgouverneur bei einer Ansprache vor 10 000 Eingeborenen, daß Deutsch-Südwestafrika und Ostafrika in keinem Fall an Deutschland zurückgegeben werden sollten.

Mehr Rührigkeit in katholischen Lehrerkreisen.

Der „Köln. Volkszg.“ wird geschrieben:

Mit Entrüstung wird wohl jeder Katholik und auch der auf christlichem Boden stehende Andersgläubige die Forderungen der Lehrer und Lehrerinnen in den Danzstädten gelesen haben, die sofort nach der erfolgten staatlichen Umwälzung in einer Veranlassung der Lehrer und Lehrerinnen aufgestellt worden sind. Gehen sie doch darauf hinaus, die Entchristlichung der Volksschule herbeizuführen. In Nr. 937 der „A. B.“ vom 28. November wird über den Beschluß des geschäftsführenden Ausschusses des Deutschen Lehrervereins, d. h. 22 Berliner Lehrer, berichtet, der u. a. „Beseitigung aller kirchlichen Aufsichtsrechte und jedes Glaubens- und Gewissenszwanges für Lehrer und Schüler“ als Notwendigkeit hinstellt. Daß die konfessionslose und religionslose Schule das Ziel dieser Herren ist, liegt auf der Hand. Wir sehen aber, die Feinde der christlichen Schule sind äußerst rege, die augenblickliche Lage zu ihren Gunsten auszubreiten. Daß sie bereits Erfolg haben, zeigt der veröffentlichte Erlass des Ministeriums für Wissenschaft und Volksbildung, der die geistliche Ortschulaufsicht beseitigt.

Der Rührigkeit der Feinde der christlichen Schule steht das Schweigen der Anhänger derselben aus Lehrerkreisen befremdend gegenüber. Warum nimmt der katholische Lehrerverein zu diesen Strömungen keine Stellung? Die Erhaltung der konfessionellen Schule ist doch eine Hauptforderung seines Programms. Warum tritt der Vorstand des katholischen Lehrervereins nicht mit einem stammenden Protest an die Öffentlichkeit? Warum schweigt der Vorstand des katholischen Lehrervereins zu den Bestrebungen, die auf Entchristlichung der Schule gerichtet sind? Warum werden nicht, wenigstens in allen mittleren und größeren Städten des Reiches, von den katholischen Lehrerinnen und Lehrern gemeinsame Versammlungen abgehalten, in denen ihre Forderungen auf Erhaltung der christlichen und konfessionellen Schule festgelegt werden, die dann allen größeren und kleineren Zeitungen zur Verfügung zu stellen sind? Wahrlich, es ist keine Zeit mehr zu verlieren; ein ferneres Schweigen würde das katholische Volk an der Bestimmung seiner Lehrer irre machen.

Lokales.

* Auszeichnung. Fräulein Oberlehrerin Meyer vom fleißigen städtischen Orchester hat an der Universität Göttingen den Doktor-Titel erworben.

* Bürger-Ausschuß. Seitens desselben ist eine Beratungsstelle für aus dem Felde zurückgekehrte Handwerker, Geschäftsinhaber usw. eingerichtet worden, um ihnen bei Wiedereröffnung ihrer Betriebe hilfreiche Hand zu leisten. Anmeldungen werden bei Herrn Karl Feinh, Oberhöfstadter Straße Nr. 10 entgegengenommen. — Der Ausschuß richtet gleichzeitig das Ersuchen an die Bürgererschaft, Reparaturen und Neubereitstellungen alsbald zu vergeben, damit den entlassenen Handwerkern Beschäftigung und Verdienst zusteht.

* Handwerkskammer Wiesbaden. An das metallverarbeitende Handwerk. Die erstmalige Zuweisung von Sparmetallen an die Handwerksbetriebe des Regierungsbezirks Wiesbaden für den Monat Dezember erfolgt mit Rücksicht auf die Dringlichkeit nicht zentral von der Metallberatungs- und Verteilungsstelle für Handwerksbetriebe in Hannover, sondern durch die unterzeichnete Handwerkskammer als Bezirksstelle. Infolgedessen sind uns zur Verteilung im Monat Dezember 1918 folgende Sparmetalle überwiesen: Kupfer, Zinn, Blei, Zink, Weißblech. Es ist nur das Klempner-, Installateur- und Kupferschmiedehandwerk berechnet worden. Hinsichtlich des Metallbedarfs der Elektroinstallateure, Optiker, Graveure, Ziselure, Uhrmacher ergeht besondere Bekanntmachung, weil diese Handwerker besonderen Metallberatungsstellen angeschlossen sind und infolgedessen der Versorgung durch die Metallberatungsstelle für Handwerksbetriebe nicht unterliegen. In besonders dringenden Fällen können jedoch aus den eben vorliegenden Mengen die Elektro-, Installateur-, Optiker-, Graveure-, Ziselure-, Uhrmacher mit berücksichtigt werden. Wir fordern hiernach diejenigen, auf Sparmetalle angewiesenen Handwerksbetriebe, die es noch nicht getan haben, in ihrem eigenen Interesse dringend auf, ihren Betrieb zum Zwecke der Zuteilung der genannten Rohstoffe bei der Handwerkskammer Wiesbaden anzumelden.

* Erneute Einschränkung des Personenverkehrs. Eine neue starke Einschränkung des Personenverkehrs steht in der nächsten Woche bevor. Die Demobilisierung, Beförderung von Lebensmitteln und die Ablieferung der 150 000 Eisenbahnwagen haben die neueste, recht unliebsame Maßnahme bewirkt.

* Drohende Einstellung der Gaslieferung! Seit den letzten Wochen ist die Kohlenlieferung für das Gaswerk eine ungenügende. Das Gaswerk zehrt deshalb in der Hauptsache von dem Kohlenvorrat, der rapid abnimmt. Jede Postverbindung mit der liefernden Zeche des Saarreviers ist unterbrochen, so daß über die künftige Kohlenversorgung des Gaswerkes vollständige Unsicherheit verbleibt. Die übrigen Kohlenreviere Deutschlands sind nicht in der Lage, mit Lieferungen einzuspringen. Es muß daher mit den noch vorhandenen Kohlenvorräten aufs äußerste hausgehalten werden, und das ist nur möglich, wenn das gasverbrauchende Publikum die größte Beschränkung und Sparsamkeit im Gasverbrauch obwalten läßt, und jeder Einzelne die Verpflichtung übernimmt, Gas so wenig als nur möglich zu gebrauchen. Treit nicht ein wesentlicher Rückgang im Gasverbrauch ein, dann müssen Einschränkungsmaßnahmen für den Gasverbrauch, insbesondere Gas-Sperren, ergriffen werden. Die gänzliche Einstellung der Gaslieferung würde eine Katastrophe mit unübersehbaren Folgen herbeiführen. Beherzige daher jeder die Mahnung, alles zu tun, was irgendwie zur Gasersparnis beitragen kann.

* Der Abbau des Bezugsscheines. Die Reichsbekleidungsstelle hat nun auch Strümpfe, Socken und Stutzen auf die Freiliste gestellt. Ferner sind Kopf- und Brustschützer, Armbänder, Leib- und Halsbinden, Pulswärmer, gestrickte Schals, Strümpfe, gestrickte, gewirkte oder gehäkelte Damenwesten, gewirkte Korsettschoner und Unterwäsche, Matrasen, Intims, Kopfschützer, Schals und Umhängelächer, Reise- und Schlafdecken, sowie Decken für Tiere nicht mehr bezugsfähig. Trikotwaren und -jaden sind nicht freigegeben.

* Einstellung von Familienzahlungen. Der Kriegsminister gibt bekannt: Für die Angehörigen von Offizieren, Beamten, Unteroffizieren und Mannschaften, die bereits entlassen sind oder noch entlassen werden, dürfen keine Familienzahlungen mehr geleistet werden. Soweit Heeresangehörige vom 1. Dezember 1918 ab Friedensgebühren beziehen, kommen auch für sie die Familienzahlungen mit diesem Zeitpunkt in Fortfall. Falls nach vorstehendem unzulässige Familienzahlungen dennoch zur Auszahlung oder Abhebung gelangen sollten, so sind die Empfänger zur sofortigen Erstattung verpflichtet. Zur Vermeidung aller hiermit verbundenen Weiterungen empfiehlt es sich, Familienzahlungen nur dann anzunehmen, wenn ihre Zulässigkeit einwandfrei feststeht.

* Die Steuern sind unverändert weiter zu zahlen. Antilich wird aus Berlin geschrieben: Unter den Gewerbetreibenden schreien die furchtbare Auffassung verbreitet zu sein, als beeinflusse die politische Knechtung im Reich und in den Einzelstaaten die Pflicht zur Steuerentrichtung. Diese Auffassung ist selbstverständlich völlig ungerechtfertigt. Alle Steuern sind unverändert weiter zu zahlen. Die Steuerbehörden haben Anweisung erhalten, mit besonderem Nachdruck für pünktlichen Steuerertrag zu sorgen. Das gilt insbesondere auch für die am 1. August 1918 in Kraft getretene Umsatzsteuer und deren wichtigen Bestandteil, die Luxussteuer. Die sozialpolitisch wesentlichen Pläne des Ausbaus dieser letzteren Steuer lassen es dringend notwendig erscheinen, daß die Veranlagung der Steuer in ihrer jetzigen Gestalt so sorgfältig als möglich erfolgt. Vor einer lössigen Befolgung der Bestimmungen über den Buchführungszwang kann nur gewarnt werden; sie würde für die Beteiligten die im Gesetz angedrohten ersten Folgen haben. Weiter sei die Aufmerksamkeit der Gewerbetreibenden insbesondere der Großbetriebe, darauf gelenkt, daß nach Friedensschluß die vom Reichstag in die Umsatzsteuer eingefügte Vorfrist über die Vorbelastung der gemischten Unternehmungen (§ 7) in Kraft tritt. Ueber die Durchführung dieser Vorschriften werden zur Zeit Gutachten der amtlichen Berufsvertretungen von Landwirtschaft, Handwerk und Handel eingeholt.

* Zusammenstellung von Gesetzen, Bekanntmachungen und Verfügungen betreffend. Zu der vom Kriegsamt nach dem Stande vom 1. Januar 1918 neu bearbeiteten Zusammenstellung von Gesetzen, Bekanntmachungen und Verfügungen betr. Kriegsvorräte nebst deren Nachträgen, Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen ist das 5. Ergänzungsbild 1 a: 1 nach dem Stande vom 1. November 1918 erschienen. Dieses Ergänzungsbild wird den Bezüchern der Zusammenstellung ohne Anforderung kostenfrei nachgeliefert. Sollte die Nachlieferung nicht erfolgen, so ist dasselbe bei der Stelle anzufordern, durch welche die Zusammenstellung bezogen worden ist. Neue Bezüher können die Zusammenstellung zum Preise von 1 Mark (einschließlich der Ergänzungsbilder) von der zuständigen Kriegsamtsstelle, mit Ausnahme von Weh, Düsseldorf und den Kriegsamtsstellen, erhalten.

* Gehörung der Alters- und Invalidenrenten. Die in Eingaben an die Reichsbehörden und Reichsämter vielfach gewünschte Einbeziehung der Empfänger einer Altersrente aus der Invalidenversicherung in den Kreis derjenigen Personen, denen aus Anlaß der anhaltenden Teuerung eine Zulage zu ihrer Rente gewährt wird, ist durch eine Verordnung vom 2. Dezember entsprochen worden. Vom 1. Januar 1919 ab erhalten demnach die Altersrentenempfänger eine monatliche Zulage von 8 Mark zu ihrer Rente. Die Zulage kann in dem einfachen Verfahren, das für die Klärung der Zulage der Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwenrente vorgesehen ist, erhoben werden. Die Zulage ist zunächst nur für die Zeit bis 31. Dezember 1919 in Aussicht genommen.

* Gegen die Angstverkäufe in Kriegsanleihen wenden sich die „Berl. Pol. Nachr.“ in folgenden Ausführungen: Angesichts der starken Kursrückgänge an der Börse hat sich das Publikum vielfach zu Angstverkäufen in Kriegsanleihen verleiten lassen. Auf Anfrage an zuständigen Stelle erfahren wir, daß zu irgendwelchen Beunruhigungen nicht der geringste Anlaß vorliegt. Die Reichsregierung wird unbedingt an den Zusage festhalten, die den Zeichnern der Kriegsanleihen gegeben

worden sind. Die Sicherheit der Kriegsanleihen ist unter allen Umständen verbürgt, die pünktliche Zinszahlung ebenso unbedingt gewährleistet. Die erste und wichtigste Aufgabe der kommenden Steuergegebung wird die Aufbringung und Sicherstellung der Mittel sein, die der Zinsdienst der Kriegsanleihen erfordert. Die Regierung ist sich aber auch bewußt, daß dem unberechtigten Kursrückgang Einhalt getan werden muß. Gegenwärtig schweben Verhandlungen darüber, mit welchen praktischen Mitteln der Rückgang der Kriegsanleihen eingedämmt werden kann. Diese Verhandlungen stehen kurz vor dem Abschluß. Die Bekanntgabe weittragender Maßnahmen, die für die weitesten Kreise des deutschen Wirtschaftslebens von besonderer Bedeutung sind, ist bereits in den nächsten Tagen zu erwarten. Es kann also nur auf das allerdringendste davon abgeraten werden, Kriegsanleihen zu einem weit unter dem Emissionspreise liegenden Kurse zu verkaufen. Die Besitzer der Kriegsanleihen seien darauf hingewiesen, daß die Kriegsanleihen bereits jetzt bei der Entrichtung der Kriegsteuer und beim Ankauf von Heeresgerät zum Nennwert an Zahlungsstatt angenommen werden. Diese Bevorzugung der Kriegsanleihen wird aller Voraussicht nach auf weitere Steuern, insbesondere auch auf eine Vermögensabgabe, ausgedehnt werden. Wer also jetzt zu niedrigem Kurse verkauft, schädigt sich selbst in empfindlicher Weise, indem er sich um den Vorteil bringt, den die Einzahlungsgabe von Kriegsanleihen bei der Entrichtung von Steuern und bei Ankäufen aus öffentlichen Beständen gewährt.

Stadtverordneten-Versammlung.

(Fortsetzung.)

6. Erwerbslosenfürsorge. Stadt-Verh. Wolf: Die Satzungen für die Erwerbslosenunterstützung werden genehmigt.

Bürgerm. Müller: Wir müssen auf Grund des Gesetzes von 1918 eine Versicherung einführen. Die Versicherung ist so gedacht, daß das Reich sechs Mittel, der preussische Staat vier Mittel und die Gemeinde-viel Mittel zu tragen hat. Unterstützungsberichtig ist jeder, der erwerbslos wird. Personen, die während des Krieges zur Aufnahme der Arbeit an einen anderen Ort versetzt sind, sind in ihrem früheren Wohnort zu unterstützen. Die Kosten sind zu erstatten, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren. Wenn wir den Kosten, die während des Krieges hierher gekommen sind, nur 1.50 Mark täglich geben und hätten 1000 Mann, das wären bei 30 Tagen 45 000 Mark. Das wäre der Ruin der Stadt. Wir würden derartige Leute in ihre Heimat zurückschicken. Vielleicht gibt es noch etwas zu tun, daß man den Leuten auf eine andere Art helfen kann. Jede Person, die nicht voll beschäftigt ist, bekommt auf Unterstützung. Die Ausschließung eines kleinen Vermögens bei der Unterstützung ist noch vorgesehen. Jeder kann ein Vermögen haben. Es soll jedem sein Vermögen bleiben. Wir haben heute das neue Statut bekommen, was für den ganzen Oberaunreiter genehmigt werden soll. Die Unterstützung soll nicht mehr betragen als das Doppelte von dem Ortlohn. Der Durchschnitt für männliche Arbeiter über 21 Jahren beträgt 4.80 Mark, zwischen 16 und 21 Jahren 4 Mark, unter 16 Jahren 2.40 Mark, für weibliche Arbeiter über 21 Jahren 3.50 Mark, zwischen 16 und 21 Jahren 3 Mark, unter 16 Jahren 1.90 Mark. Es bekommt ein Mann den ortsbildlichen Tagelohn und für jede weitere Person 0.48 Mark. Ueber diesen Satz sind wir hinausgegangen in dem Fall, daß wir demjenigen, der vier Wochen erwerbslos ist, 20 Mark Mietzuschuß geben. Die Zahlung geschieht von unserer Stadtkasse. Es wird ein besonderes Büro für etwaige Beschwerden eingerichtet. Wir können nicht schon heute oder morgen mit der Unterstützung anfangen, aber die aus dem Felde zurückkommen, können Unterstützung empfangen. Bis heute waren wir in der Lage, mit großer Mühe den Leuten Arbeit nachzuweisen. Es sind selbstredend Arbeiten, die nicht jedem passen. Wenn die Arbeiten für die Leute zu schwer sind, und wir können sie nicht mehr beschäftigen, erst dann sollen sie der Erwerbslosenunterstützung zu. Wir wollen diese Geschichte mit der äußersten Wohlwollenheit bearbeiten. Wir werden bedeutend größere Ausgaben und kleinere Einnahmen haben. Wir sind heute dazu verpflichtet zu sorgen, daß unsere Leute Arbeit und Brot haben. Wir müssen uns mit dem Arbeiternachweis und den Febrifen in Verbindung setzen.

Stadt-Verh. Wid: Mit Punkt 8 des Gesetzes sind wir nicht ganz einverstanden und zwar das sagend, daß der Zuschuß für die unterstützenden Familienangehörigen nur 48 Pfennig beträgt. Wir haben in einer Sitzung beschlossen, höhere Sätze einzuführen und verlangen auch heute, daß 1.50 Mark Zuschuß bezahlt wird. Der Satz von 48 Pfennig, der für eine Familie von vier Personen 6.24 Mark beträgt, beträgt 37.44 Mark die Woche. Nun wollen wir einen Vermittlungsvorschlag machen und zwar einen, der keine größere Be-

Ohne dich kein Glück!

Roman von G. Courths-Wahler.

87) Nachdruck verboten. Joachims Augen gingen an ihrem Gesicht. Nie war ihm ihre Schönheit so hell zum Bewußtsein gekommen, als heute. Wie eine holde, seltene Wunderblume erschien sie ihm. Der weiche, lichtblaue Seidenkrepp ihres neuen Kleides schmiegte sich reizvoll um ihre schlante, jugendliche Gestalt. Das junge, stolze Haupt, das mit so unnachahmlicher Anmut auf den schönen Schultern ruhte, war das Schönste an der ganzen Tafel. Das rufbraune, lockige Haar umgab den feinen Kopf in schweren Flechten, die den ganzen Hinterkopf bedeckten. Und die großen leuchtenden Braunaugen beherrschten das reizende Antlitz wie zwei schimmernde Sterne.

Mit einem heißen Entzücken studierte Joachim jeden Zug des schönen Mädchengesichts. Sehnsüchtig wartete er auf einen günstigen Augenblick, um ihr ein liebes Wort sagen zu können.

Nach der Tafel gelang es den beiden Liebenden, einige Minuten für sich zu erhalten.

„Liebste, wie bist Du schön! Ich neide jeden dieser Menschen Deinen Anblick und möchte Dich ganz für mich allein haben“, sagte er leise.

„Ihre Augen flogen dabei eifersüchtig zu seiner Hoheit hinüber, und er stellte sich so, daß er diesem Eva-Maries Anblick entzog.“

Sie lächelte schelmisch zu ihm auf.

„Gefalle ich Dir heute so besonders gut?“

„Ja, Du scheinst mir schöner, denn je.“

„Ach, das macht nur dies schöne neue Kleid. Ist es nicht herrlich?“

Entzückt sah er sie an.

„Kleine, hübsche Eva! Freust Du Dich des neuen Kleides?“

„Nur, weil ich Dir darin gefalle, Liebster. Wie froh bin ich, daß Du wieder da bist! Hastest Du Sehnsucht nach mir?“

„Kannst Du daran zweifeln, mein holder Liebling? Was bist Du für eine stolze Schönheit in diesem schönen Kleid!“

„Nicht wahr, es ist herrlich“, sagte sie, aufnehmend über die weiche Seide freisend. „Denke Dir nur, noch eine ganze Anzahl so eleganter Kleider habe ich von Tante Bertas geschenkt bekommen.“

Und eifrig erzählte sie ihm von Tante Bertas Wandlung. Er hörte nur halb zu, weil er sich mit allen Sinnen an ihrem Anblick labte.

„Wie war es mit Deiner Reise, Joachim? Hast Du bei Deinem Onkel ein williges Ohr gefunden?“

„Zweifeln richtete er sich empor.“

„Leider nicht, mein Liebling. Onkel Witzow wies mich ab mit meiner Bitte um einen Vergleich.“

Auch Eva-Marie seufzte nun ein wenig.

„O, wie schade! Aber nicht traurig sein, Liebster! Gott wird uns schon helfen auf die eine oder andere Weise. Ich bin so sicher, daß unsere Liebe uns zu dem Ziel führt, wir ersehnen. Mama hofft jetzt mehr denn je auf Tante Bertas. Und vielleicht hilft sie uns wirklich.“

Seine Augen strahlten sie an.

„Ich war noch nie so voll Ungebuld und Sehnsucht, Dich ganz mein eigen nennen zu dürfen, als jetzt. Ganz trostlos bin ich von Almüden zurückgekehrt, obwohl mir meine Cousine Anna einige Hoffnung machte, daß ihr Vater sich nicht an dem Gelde bereichern will. Ich habe Dir das alles geschrieben, Lieblich. Gib acht, ich lege den Brief in dies Buch, das hier auf dem Tische liegt. Ich glaube, es ist ein Album. Sobald ich davon fortgetreten bin, mußt Du herantreten und

den Brief herausnehmen. Auf diese Weise wollen wir uns immer Nachricht geben. Insenden kann ich Dir meine Briefe nicht, das würde auffallen. Ich denke, nach der Tafel findet sich immer für uns eine Gelegenheit, unsere Briefe auszutauschen.“

Eva-Marie nickte aufatmend.

„Das ist gut so, mein Joachim. Spätestens morgen nach der Tafel hast Du dann Antwort von mir auf Deinen Brief. Siehst Du nun, wie gut es ist, daß ich im Schloß bin?“

Er nickte nur und trat an das Album heran. Vorsichtig schob er einen Brief hinein und entfernte sich dann.

Eva-Marie behielt das Album im Auge, und nach einer Weile ging sie an dasselbe heran und borg den Brief in ihrem Taschentuch, um ihn dann in ihrem Kleide zu verstecken. Sie war gerade damit fertig, als die Oberhofmeisterin auf der Schwelle des Nebenzimmers erschien.

„Fräulein von Redding.“

Eva-Marie beugte sich, ihrem Rufe zu folgen und sich nach ihren Wünschen zu erkundigen.

„Ihre Hoheit, die Frau Herzogin, verlangt nach Ihnen“, sagte die Gräfin freundlich.

Schnell ging Eva-Marie zu Ihrer Hoheit.

„Ihre Hoheit befehlen?“

Die Herzogin reichte ihr lächelnd ihren Spitzenfächer und Fächer.

„Bitte, begleiten Sie mich in den Park, Fräulein von Redding.“

Eva-Marie verneigte sich und schritt in angemessener Entfernung hinter der Herzogin her, die, am Arm ihres Gemahls und begleitet von dem fremden Würdenträger, hinaus in den Park ging.

(Fortsetzung folgt.)

Leistung bereitwillig, aber immerhin etwas mehr gewährt. In diesem Falle, das gesagt wird, im Kreise soll es einheitlich sein, so finden wir, daß man in einzelnen Orten über die Höhe hinausgehen kann. Wir machen Ihnen den Vorschlag, statt 49 Pfennig 60 Pfennig zu zahlen. Ich stelle den Antrag, den Zuschlag von 48 auf 60 Pfennig zu erhöhen.

Bürgermeister Füller: Es ist vom Kreise verlangt worden, die Sätze beizubehalten, es würde sonst zu Unstimmigkeiten führen. Wir sind ja doch darüber hinausgegangen durch die Mietzulage. Vielleicht freudigt man die Mietzulage und erhöht pro Kopf etwas.

Stadtv. Stromberger: Ich kann die Ausführungen des Herrn Wid nur unterstützen. Ich glaube auch, daß wir das kleine Opfer ganz gut übernehmen können und ich für meinen Teil und meine Parteigenossen bin dafür, daß wir die 60 Pfennig bewilligen und daß wir den Mietzuschlag lassen, wie er von dem Magistrat vorgeschlagen ist, also daß wir die 12 Pfennig noch dazu nehmen.

Stadtv. Wid: Die Gleichstellung der Orte im Kreise wäre ganz gerechtfertigt, wenn auch die Lebensverhältnisse die gleichen wären. In den kleineren Gemeinden leben sie doch auch billiger. Ich glaube, daß gegen die Erhöhung auf 60 Pfennig keine Bedenken vorliegen.

Der Antrag des Herrn Wid wird angenommen.

Bürgermeister Füller: Wir stimmen diesem Beschluß zu und wollen von Montag ab das Büro in Gang bringen. Ich bitte aber, in den ersten Tagen etwas Rücksicht zu haben. Wo durchaus größte Not ist, werden wir eingreifen. Dann habe ich eine Bitte. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß uns eine Klasse Kinder kommen und wollen alle Unterstützung. Wir richten die dringende Bitte an die Eltern dieser Kinder, diese Kinder, welche bis jetzt in der Fabrik waren, in eine Lehre zu geben. Jetzt ist es noch Zeit, lassen Sie den Jungen etwas lernen. Wenn der Vater im Verdienst steht, wird er so viel für sein Kind übrig haben, daß er es in die Lehre tut. Sorgen Sie dafür, daß die Eltern ihre Kinder etwas richtiges lernen lassen und nicht in die Fabrik schieben. Darum bitte ich dringend.

Stadtv. Borst. Wolff: Die Liste wird genehmigt. Die Höhe werden wir vom Demobilisierungsausschuß vorgeschlagen, bewilligt.

7. Regelung der Löhne der städtischen Arbeiter.

Bürgermeister Füller: Unsere städtischen Arbeiter hatten die achtstündige Arbeitszeit vom 1. Oktober bis 1. April. Wir haben 11 städtische Arbeiter, die in Betracht kommen und zwar sind es ältere und jüngere Leute. Es sind einige dabei, die man überhaupt als Arbeiter bei ihrem hohen Alter nicht rechnen kann, aber auch diese Leute geben sich große Mühe und wollen arbeiten. Wir haben eine glänzende Erziehung einziehen lassen. Wir haben, beabsichtigt, diese Leute geben sich große Mühe und wollen arbeiten. Wir haben 7 Mark, aber als Mindestlohn 5.50 Mark. Wir viel Koststandsarbeiter wir einstellen, wissen wir selbst noch nicht. Wir werden für diese auch mit 8 Mark beginnen. Es sollen also im ganzen 5.805 Mark mehr bewilligt werden.

Wird genehmigt.

Herr Gemmeder vom Arbeiterrat: Meine Herren, wir hatten dem Magistrat in unserem ersten Beschluß vom Arbeiterrat die Summe von 1.20 Mark pro Stunde, das wären 9.60 Mark den Tag vorgelegt. Nun hat der Magistrat beschlossen 8 Mark für den Tag zu geben. Für uns, den Arbeiterrat, kommt diese Summe zu niedrig vor und zwar aus dem Grunde, bei der Stadt sind es meistens Arbeiter im Freien. Bei diesen Arbeitern kostet es viel Schuh und Wäsche. Die Lebensmittel sind teurer, die Feldarbeiten kommen zurück, die Familien sind teilweise in den vier Jahren zurückgegangen und wir rechnen an, daß gerade die Feldarbeiten die Arbeitslosen sind. Nach unserer Ansicht wären 1.20 Mark pro Stunde am Platz. Ich möchte die Versammlung bitten, unserem Vorschlage zuzustimmen.

Bürgermeister Füller: Wir holen uns an den Sätzen gehalten, die uns der Demobilisierungsausschuß gemacht hat.

Herr Thon vom Arbeiterrat: Ich habe zu erklären, daß es sich mit der Feststellung des Lohnes für die Koststandsarbeiter genau so verhält, wie bei der Demobilisierungsausschuß. Wir wissen doch ganz genau, daß die Verhältnisse in den einzelnen Orten nicht die gleichen sind. Wie schon zum Ausdruck gekommen ist, daß Oberfeld besonders teuer ist, so muß ich doch der Überzeugung Ausdruck geben, daß es sehr notwendig ist, wenn wir nicht an den Sätzen von 8 Mark festhalten, sondern darüber hinausgehen, damit auch den Leuten, die hier Koststandsarbeiten versehen, die Möglichkeit gegeben ist, ihre Familie unterstützen zu können. Lassen Sie sich nicht betören, daß über 8 Mark nicht hinausgegangen werden darf. Ich bitte dem Vorschlag, wie ihn der Arbeiterrat gemacht hat, beizustimmen.

Herr Gemmeder vom Arbeiterrat: Ich möchte noch bemerken, daß die Gemeinde Pommersheim auch den Satz von 1.20 Mark beschlossen hat und ich möchte sagen, daß die Verhältnisse hier in Oberfeld teurer sind, wie in Pommersheim und glaube ich, daß die Versammlung sich ganz gut unserem Vorschlage anschließen kann.

Beigeordneter Gerold: Es ist ein sehr unangenehmes Geschäft, gegen derartige Vorschläge etwas zu sagen, denn es ist gewiß sehr unangenehm, irgend jemand einen Vorteil entgegen zu stellen. Das ist ganz gewiß nicht unsere Absicht. Aber sind sich die Herren auch in dieser Hinsicht klar, wie das Geld aufgebracht werden soll. Es macht sich niemand eine Sorge darüber. Mit den reichen Leuten allein kommen sie nicht aus. Wir müssen uns die Frage vorlegen, was ist möglich und was nicht.

Stadtv. Wid: Die Ausführungen, die Herr Gerold gemacht hat, sind richtig auch insoweit, daß wir die Frage vorlegen müssen, wo kommt das Geld her. Wir wissen ganz genau, daß es große Ausgaben für die Stadt sind. Es sind gerade die meisten, die aus dem Felde kommen, die jetzt Koststandsarbeiten machen müssen, und es ist am Platze, daß man denen wenigstens soviel gibt, damit sie existieren können. Wenn die Arbeiter wieder mehr Geld verdienen, dann können sie auch Steuer zahlen. Auf diesem Standpunkt haben wir bis jetzt immer gestanden und stehe ich auch heute noch. Wir sind uns klar, wie das Geld beizubringen werden soll.

Stadtv. Wolff: Was die städtischen Arbeiter anbelangt, so haben diese doch einen großen Vorteil und dieser besteht darin, daß diese gewissermaßen eine Lebensstellung haben. Wenn auch die Zeiten noch so schlecht werden, es ist doch gewissermaßen eine Lebensstellung. Herr Gemmeder, bezieht sich Ihr Antrag auf städtische und Koststandsarbeiter.

Herr Gemmeder vom Arbeiterrat: Auf städtische sowohl wie auch Koststandsarbeiter.

Stadtv. Wid: Ich nehme den Antrag von Gemmeder an und beantrage 1.10 Mark für städtische Voll- und Koststandsarbeiter.

Stadtv. Dr. Reifferscheidt: Ich glaube, daß wir den Ausführungen des Herrn Gerold nicht ganz aus dem Wege gehen können. Wenn wir 8 Mark bewilligen, macht es 36 Prozent aus, wenn statt dessen noch 0.80 Mark dazu kommen, gibt es eine Höhe von 50 Prozent. Vielleicht wird es sich empfehlen, wenn nur vorerst 35 Prozent beschlossen werden. Es steht dann immer noch frei, höher zu geben, wenn die Verhältnisse wieder anders werden.

Herr Bender vom Arbeiterrat: Eine Erhöhung der Löhne um 50 Prozent ist unserer Ansicht nach nicht zu hoch. Wir sind von unserem Beschluß von 1.20 Mark auf 1.10 Mark heruntergegangen. Ich mache den Vorschlag, 1.10 Mark für städtische Voll- und Koststandsarbeiter zu beschließen. Dieser Betrag ist nicht zu hoch. Es ist doch sehr notwendig, da öffentliche Betriebe usw. als Muster gelten sollen, daß diese entsprechenden Löhne zahlen. Es ist vorhin ein Widerspruch gemacht worden, daß die städtischen Arbeiter sehr wenig verdient hätten, und das mir Recht. Die Löhne, die früher von der Stadt bezahlt wurden, waren sehr gering und wenn der Arbeiter heute Gelegenheit bekommt, wenn wir für ihn eintreten, daß ihm der Lohnausgleich geschaffen wird, was es weiter nichts als eine Wohltat, die dem städtischen Arbeiter zukommt, wie auch den anderen. An der Leistung ist der Arbeiter nicht der schuldige Teil und das

dürfen wir nicht vergessen. Wir haben die Aufgabe, als Musterbetrieb zu gelten und dementsprechend sind unsere Löhne.

Bürgermeister Füller: Wir haben die Absicht, die Sätze so wohlwollend wie möglich zu gestalten. Wenn wir auch auf ein ganzes Steuerjahr rechnen könnten, es sind doch viele fortgegangen, die uns gute Steuern bezahlt haben. Wir meinen, wir lassen den Satz jetzt so und wenn die Verhältnisse sich ungünstiger gestalten, können wir eine Erhöhung vornehmen.

Herr Gemmeder vom Arbeiterrat: Es ist schon, daß Herr Bürgermeister das Wohl der Bürger im Auge hält, aber man muß doch sagen, daß der Satz nicht zu hoch ist.

Stadtv. Stromberger: Die Frage, wie das Geld beizubringen werden soll, dürfen wir nicht ganz außer acht lassen. Ich mache Ihnen einen Vergleichsvorschlag. Geben Sie den städtischen Arbeitern einen Stundenlohn von 1.10 Mark und lassen Sie denjenigen der Koststandsarbeiter vorläufig so, wie er ist. Ich meine, mit diesem Vorschlag können Sie auch zufrieden sein.

Stadtv. Wid: Herr Stromberger hat die Sache wohl berungelt. Wenn eine bessere Bezahlung stattfinden soll, muß es den Koststandsarbeitern zugewiesen werden und zwar aus dem Grunde, weil diese gewissermaßen arbeitslos sind, während die städtischen Arbeiter, wie erwähnt, eine Lebensstellung haben und mit Arbeitslosigkeit nicht zu rechnen brauchen.

Stadtv. Borst. Wolff: Wir wollen den Antrag so gestalten, daß wir den Koststandsarbeitern 1.10 Mark bewilligen und die städtischen Arbeiter auf ihre Alterspension verzichten.

Wird genehmigt.

8. Anleihe.
Der Magistrat genehmigt die Anleihe, sie soll zunächst auf Schuldzinsen ausbezahlt werden.

Bürgermeister Füller: Die Sache ist so, wie wir kommen wir zu dem Geld. 200.000 Mark fehlen uns. Wenn wir das Geld nicht bekommen, liegen wir fest und können auch nicht bauen.

Der Antrag wird genehmigt.

9. Berichtsbericht für 1917.
Stadtv. Borst. Wolff: Der Bericht wurde familiären Dingen zugeführt und brauchen wir uns damit nicht zu befassen. Er wird vertagt für die nächste Sitzung.

(Hierzu Schluß der Sitzung.)

Aus Nah und Fern.

Ramheim. In einigen Orten Badens werden Militärpferde und Militärgeschütze zu Spottpreisen verkauft. Pferd und Wagen zu 50 bis 100 Mark, zwei Pferde mit Sattelzeug zu 200 Mark. Die Verluste, die die Militärverwaltung durch diese unerlaubten Handlungen erleidet, gehen in die Millionen.

Ramheim. Die Franzosen haben nunmehr die Rheinbrücke in ihrer ganzen Ausdehnung besetzt. Am Ramheimer Eingang haben sie aus Sandfäden eine Barrikade errichtet und mit Maschinengewehren armiert. Dadurch ist nicht nur der Straßenbahnverkehr, sondern auch der Fußverkehr unmöglich geworden, da nur der schmale Gehweg freigelassen ist. Den Pfälzer Bauern, die gestern zum Ramheimer Markt wollten, wurde die Ware beschlagnahmt. Der Postverkehr ist gesperrt, sodass heute weder Briefe noch Zeitungen aus der Pfalz anlangen. Die gestrigen Pfälzer Zeitungen tragen schon die Spuren der französischen Vorzüge, weiße Stellen im politischen Teil. Bezüglich des Nachrichtenendienstes wunden sie auf Paris verwiesen.

Stimmen aus dem Publikum.

(Auker Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Eingekandt.

Während die durch den Teufelswerkzeug auch hart mitgenommene Taunusstraße eine ungeheure Ausbesserung erfahren hat, befindet sich die Oberhöchstadter Landstraße und namentlich der Fußsteig derselben in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet und es angesichts des an Legteren sich unmittelbar hinzehenden, zum Teil recht tiefen Grabens, bei der auch noch ganz unzulänglichen Beleuchtung, lebensgefährlich erscheinen läßt, bei Dunkelheit die Straße zu gehen! Auch die äußerst geringe Laternenbeleuchtung funktioniert zum Teil noch sehr mangelhaft. Es wäre hier eine dringende Gelegenheit, Arbeit suchenden Hilse zu schaffen, abgesehen davon, daß die Anlieger der Straße auch wohl ein Recht haben, auf eine Instandhaltung dieses lebhaften Verkehrsweges, wie die der Taunusstraße Anspruch zu machen.

Ein Anwohner.

Antwort an Herrn Wid.

(Schluß.)

Ich habe meinen Artikel damit geschlossen, daß wir billige Lebensmittel haben müssen und vor dem Kriege für 2 Milliarden Mark eingeführt haben, eine Zahl, die sich bei unserer Lebensmittelpapier sicher um 2 Milliarden Mark erhöhen wird. Sie kosten aber nicht mehr 4 Milliarden Mark, sondern 8 Milliarden Mark, da die deutsche Mark im Ausland bekanntlich nur mit 50 Pfennig bewertet wird. Unsere Industrie muß daher in erster Linie bestrebt sein, den Preis für die Lebensmittel herunterzubringen, indem sie dafür sorgt, daß die Mark wieder wie vor dem Kriege einer Mark gleichgültig wird. Diese Möglichkeit ist aber nur durch eine starke Ausfuhr von Waren, Export, gegeben. Wir müssen unserer Forderungen an das Ausland gewinnen, wodurch der Wert der Mark ganz selbstverständlich steigen muß. Das ist nun leichter gesagt als getan, denn es türmen sich die Hindernisse und Widerstände zu Bergen. Wir bedürfen nämlich auch noch Rohstoffe im Werte von 20 Milliarden Mark (nach einer Statistik aus dem Jahre 1913). Dann ist der ganze Auslandsmarkt durch den Krieg verloren gegangen. Reisende können mit Rücksicht auf die ganze Lage auch nicht hinausgeschickt werden, die Feinde wollen sich zunächst vor uns mit Rohstoffen versorgen, um uns auch für die Zukunft vom Weltmarkt auszuschließen. Seht Ihr schon bei diesen Schwierigkeiten einen Weg, auf dem unsere Industrie wieder zum Export gelangen kann? Aber, mein lieber Leser, die Schwierigkeiten sind noch viel größer. Ich muß auch zu diesem Zwecke ein Bild von unserer Finanzlage geben. Wir haben 160 Milliarden Mark Kriegsschulden, wozu nach einer Erklärung von Haase noch mindestens 140 Milliarden Mark Kriegsschuldengungen an unsere Feinde treten. Nebenbei bemerkt, wollen uns die Feinde 400 Milliarden Mark aufbürden. Also mindestens 300 Milliarden Mark Schulden. Demgegenüber hat man im Jahre 1913 das Vermögen des ganzen Volkes auf 350 Billionen

den Mark geschätzt. In diesem Betrage sind aber ein Drittel 40 Milliarden Mark öffentliches Vermögen (Eisenbahnen, Post usw.). Hierzu treten dann die Kriegsschulden. Es ist ein unheilvolles Geschick, daß sie durch den Mangel an Beschäftigung in der Industrie und die außerordentlich hohen Löhne, die zu zahlen sind, zum größten Teil zum Nachteil für die Allgemeinheit wieder verloren gehen. Ihr habt auch wohl noch nicht ausgerechnet, was es für ein Werk mit 1600 Arbeitern heißt, nichts zu verdienen, statt dessen aber täglich 25 000 Mark Löhne, in einer Woche 150 000 Mark, in einem Monat 600 000 Mark zu zahlen. Die Firma Krupp gebraucht täglich ungefähr 2 Milliarden Mark an Löhnen, hat keine ausreichende Beschäftigung und ihren Meistern, die höhere Löhne verlangen, erklären lassen, daß das Kapital des Werkes allmählich aufgebraucht werde. Weiter sind nach den Ausführungen des Schatzkanzlers Schiffer an Staats- und Gemeindefiscalen wahrscheinlich 20 Milliarden Mark aufzubringen. Rechnen wir die außerordentlich hoch gegriffene Summe von 150 Milliarden Mark an, die wir durch eine Vermögensabgabe und die Einziehung des ganzen Kriegsgewinnes erhalten. Dann bleibt noch eine Schuldenlast von 150 Milliarden Mark und ein jährliches Steuerfoll von 20 Milliarden Mark. Die Steuerlast an direkten Steuern wird unbedingt so hoch sein, daß der einzelne sie nicht aus seinen Einnahmen, sondern nur mit Zuhilfenahme seines Vermögens zahlen kann. Die ganze Lebenshaltung fordert einen so großen Aufwand an Lebensmitteln, daß auch durch sie das Vermögen in Anspruch genommen wird. Jeder, der etwas weiter denken und leben kann, vermag sich noch mehr auszumalen, welche schweren Nachteile noch weiter folgen müssen. Ich habe nicht mit zu dunklen Farben gezeichnet, in Wirklichkeit ist das Bild noch viel dunkler. Bedenkt das eine, daß unsere Gegner uns zu ihren Lohnflößen machen wollen. Ich möchte nur mit großen Schwächen die Unmöglichkeit gezeigt haben, unsere Exportindustrie wieder in Gang zu bringen. Sie ist das Rückgrat unserer ganzen Volkswirtschaft, da ein großer Teil nur für den Export arbeitet. Demnach kein Export, teure Lebensmittel, hohe Arbeitslöhne, teure Waren, keine Konkurrenzmöglichkeit, weil das Ausland billiger arbeitet. Ruin und Verelendung! Die Arbeiter werden hollös. Sie teilen dann das Los mit so vielen jungen Männern im Alter von 25-30 Jahren, die nach teuren Studien jetzt sojuzagen auf der Landstraße liegen, da der Staat durch die Gebietsverluste eine geringere Zahl gebraucht, die Beamtenstellen einzieht und keine neuen Beamten anstellt, um zu sparen. Es gibt Leute, die im Alter von beinahe 40 Jahren nicht mehr wissen, was sie anfangen sollen. Das nennt man dann das Gelehrtenproletariat, vermögenslos und ohne Arbeitsgelegenheit. Ihr Arbeiter ahnt das nicht! Brauche ich nun nochmals zu betonen, daß die Vergesellschaftung jetzt und in absehbarer Zeit ein Wahnsinn ist? Daß der Staat die Industrie mit Schulden übernehmen und daher wie ein Privatmann in kurzer Zeit bankrott gehen muß? Jetzt werdet ihr auch begreifen, daß es einfach unverständlich ist, wenn in dieser Zeit Beamte nach hohen Gehältern rufen! Hicemus ergibt sich die Ruhezunwendung, daß nur die Demokratie allein ohne Sozialismus, — die wahre Demokratie als die Einheit aller Volksgenossen — Retter aus diesem Chaos sein kann. „O wäre doch diese Demokratie im Stande, den „Kapitalismus“ zu „retten“, um einen Ausdruck des Herrn Wid zu gebrauchen. Ihr würdet Gott auf den Knien danken, wenn er der Retter aus dieser Not wäre. Die Kapitalisten werden aufgezehrt, der Kapitalismus liegt in den letzten Zuckungen, bald wird er nicht mehr sein. Ohne Kapitalismus keine Industrie, ohne Industrie keine Arbeitsgelegenheit. Die Macht des Kapitalismus ist allein schon durch das allgemeine Wahlrecht gebrochen, mit dem Stimmzettel in der Hand ist der Arbeiter von derselben Macht wie der Unternehmer. Also muß die Lösung heißen: Demokratie und Privateigentum, aber kein Sozialismus. Unternehmer und Arbeiter haben die gleichen Interessen, sind auf Gedeih und Verderben mit einander verbunden, blüht die Industrie, so hat der Arbeiter Lohn, leidet sie not, so hat der Arbeiter kein Brot. Das ist eine Erkenntnis, die sich in den letzten Jahren auch in den wissenschaftlich denkenden Köpfen der Sozialdemokratie durchdringen hat.

So sieht das Bild der Gegenwart und nächsten Jahre aus! Was muß demgegenüber unsere Aufgabe sein? Die wahre Demokratie ist die Einheit aller Volksgenossen, einer muß für den anderen stehen, einer dem anderen helfen, „liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, das ist neben Gottesliebe das höchste und edelste Gesetz des Christentums. Daran hat es während des Krieges gefehlt, kopfe jeder einzelne von uns ohne Ausnahme reumütig an seine Brust. Wir müssen uns daher zusammenschließen, Arbeiter, Bürger, Industrielle und Beamte, nur die Einheit kann uns stark machen, die Trennung führt zum Verderben! Jeder Stand muß sich fühlen als Teil eines Volksganzen! Auch ihr Arbeiter müßt euch fest in Organisationen zusammenschließen, gemeinsam handeln, nur dann habt ihr die Macht, eure Interessen gegenüber dem Unternehmertum im geeigneten Augenblick zur Geltung zu bringen. Aber das ganze Volk sei eins. Die gesammelter Kraft trete es an den Wiederaufbau unserer wirtschaftlichen Lebens, die Industrie aus einem Trümmerhaufen zu neuem Leben zu erwecken. Deutsches Volk, du hast noch Willen und Kraft! Nur Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit harret deiner in der Zukunft, erfülle sie, denn werden im Laufe der Jahre wieder gute Zeiten kommen. Keine leeren Strohdrescher und Schwäpfer, sondern tüchtige, geschäftskundige und praktische Männer, mögen sie Arbeiter, Unternehmer oder Beamte sein, eufe zu deiner Rettung in die Nationalversammlung, — Männer, die fähig sind, „praktische“ Arbeit zu leisten. Leider fehlen uns diese Männer in der jetzigen schweren Zeit. Ich will nicht anklagen! Jeder glaubt es, gut zu meinen. Nur Aufklärung und Verfeinerung der getrennten Volksteile war Aufgabe dieser Artikel.

Verantwortlicher Schriftleiter: Heinrich Verlebach. Druck und Verlag von Heinrich Verlebach in Oberfeld.

Landgräfl. Hess. conc.

Landesbank

Bad Homburg v. d. H.

Vorschüsse auf Wertpapiere
Vorschüsse gegen Wechsel.

An- und Verkauf von
Schecks und Wertpapieren.

Eröffnung von Conto-Correnten
u. provisionsfreien Scheckrechnungen.

Annahme
von Spareinlagen.

Kreissparkasse

des Obertaunuskreises Bad Homburg v. d. H.

Mündelsicher
unter Garantie des Obertaunuskreises.

Telephon No. 333 Postcheckkonto No. 5795 Releisbank Giro-Konto

Annahme von Spareinlagen in jeder Höhe gegen 3 1/2, u. 4% Zinsen bei täglicher Verzinsung.

Kostenlose Abgabe von Heimsparbüchern
bei einer Mindesteinlage von Mk. 3.

Annahmestelle bei Herrn W. Baumann Oberursel.

Generalversammlung

des
Baterländischen Frauenvereins
Zweigverein Oberursel.

Mittwoch, den 18. Dezember 1918, abds. 8 Uhr
im Gasthaus „Zum Frankfurter Hof“.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht 1918.
2. Rechnungsablage, Prüfung der Rechnung und Entlastung des Rechners.
3. Säuglingspflege.
4. Auszeichnung für treue Dienste.
5. Vorstandswahlen.
6. Mitteilungen aus der Versammlung.

Wir laden alle unsere Mitglieder freundlichst ein und hoffen auf zahlreiche Beteiligung.

Oberursel (Taurus), den 4. Dezember 1918.
Der Vorstand.

Läuferische Schweine
und Ferkel

steigen zum Verkauf bei
Schmidt, Hedderheim, Hedderheimerlandstr. 46

PREISE

für
Damen-Bodienung:

- Kopfwaschen mit Frisur Mk. 1.50
- Kopfwaschen ohne Frisur „ 1.-
- Damenfrisur „ 1.-
- Frisur mit starker Welle „ 1.50

Preis-Ermäßigung
auf alle diese Bodienungen
bei Karten zu 10 Nummern.

Karl Kasselschläger
Hofriseur
Bad Homburg
645) Luisenstr. 87.

Für
Wiederverkäufer!

Empfehle
1/2 Liter und 3/4 Liter
Thermos-Ersatz Flaschen

Thermometer für
Einkoch-Apparate!
Carl Bolland,
Bazar, Bad Homburg.
Telefon 482

Zu verkaufen

Ein zerlegbares
Kindergartenhaus

(massiv mit Läden)
zu verkaufen. (3018)
Austraße 2.

2 prachtvoll gut genährte,
große 4- u. 5 jähr.
Aussenpferde

mit Geschirr sind mit aller
Garantie zu verkaufen oder
vertauschen bei (3016)
Joh. Homm, Hospitalstr. 20

Kleidchen
u. Mäntelchen

für das Alter v. 2-5 Jahren,
1 Heberzieher f. d. Alter v.
12-14 Jahren u. 1 Festung
m. Sat. bill. zu verkaufen.
von Feldbergstr. 23 p.

2 Ziehharmonikas:

1 u. 2-reihig
und 3
Anker-
Sankasten
zu verkaufen.
Näh. Stierstadt, Unterg. 13.

Guterhaltenes
Kinderbett
preiswert zu verkaufen. (3015)
zu erfragen im Verlag.

Guterhalt. dunkelbl., wollener,
Damen-Wintermantel
preiswert abzugeben. (3013)
Näh. Austraße 2.

Bücherregal
mit 170 Bänden billig zu ver-
kaufen. (3012)
Näheres in der Expedition.

Stoddische
frisch eingetroffen per Pfd.
Mk. 1.80. (3011)

Fischhandlung Bage,
Ackerstraße 14.

Ca. 25 Bettstellen
von 10 Mark an

Unterbetten,
Deckbetten,
Strohsäcke,
2 Sprungrahmen,
2 kompl. Betten
mit Spiralmatratzen
à 85 Mark,

diverse Kopfkeile
zu verkaufen (2997)

J. Kuschka,
Oberhöchstädterstr. 2.
Verkauf nachm. v. 1-3 Uhr

Offene Stellen

Kadavernde (3000)
Gartenarbeit
ist in diversen Villen der Ober-
höchstädter Landstraße erhältlich.

Zuverlässiger
Ackerknecht

(ev. verheiratet) sofort ge-
sucht. (3014)
Müller, Weiskirchen i. T.

Verloren usw.

Kürzlich zwischen Vorstadt
Oberhöchstädterberg
Babet mit Stoffresten

verloren gegangen. Gegen
Belohnung abgegeben. (3009)
Bergman, Oberhöchstädterstr. 46.

Für Weihnachten

empfehle ich

Glückwunschkarten
Bisithkarten
Verlobungskarten
Bermählungskarten

Buchdruckerei
Heinr. Berlebach.



Große Auswahl

in
Taschen-Armband Uhren
Taschenuhren u. Reiseuhren
mit Radium-Leuchtglas

Sorgfältige Herstellung von Zen-
ifferblättern auf jede neue
gebrauchte Uhr unter sachmännl.
Garantie.

Besteingerichtete Reparaturwerkstätte von Uh-
Goldwaren und Optik.

J. Löwenstein,
Uhrmacher und Optiker.

Bad Homburg, Luisenstr. 43 1/2, Fernruf 1
gegenüber der Austraße.

Rachows

Kaufmännische Privatschule
511 (Hermann E. Adenhausen)

121 Zeit 121, Frankfurt a. M. Tel. Römer 4252

Halbjahres und Jahreskurse
geschlossen durchgeführt für Herren und Damen zur gründ-
lichen Vorbereitung für den

kaufmännischen Beruf.
Unterricht in Buchführung, Rechnen, Korrespondenz,
Wechsel, Schecks und Bankverkehr, Schiffsverkehr, Steno-
graphie, Maschinenschriften u. in Nachmittags- und
Abendkursen. Beginn jederzeit. Ausführt. Lehrpläne gratis

Deutsche Warte

Wer neben
der Heimatzeitung noch eine inhaltreiche, dabei billige
illustrierte Berliner Tageszeitung mit täglicher Unter-
haltungsbeilage und wöchentlich 6 Beiblättern lesen
will, der bestelle die „Deutsche Warte“, die im 29. Jahr-
gang erscheint, Leitartikel führender Männer aller Par-
teien über die Tages- und Reformfragen bringt (die
„D. W.“ ist das Organ des Hauptausschusses für
Kriegsheimstätten), schnell und sachlich über alles
Bissherrworte aus Zeit und Leben berichtet und monat-
lich nur eine Mark (Bestellgeld 14 Pfg) kostet. Man
verlange Probenummern vom Verlag der „Deutschen
Warte“ Berlin NW 6.

Gottesdienst-Ordnung.

Katholische Gemeinde Oberursel.
Mittwoch, den 18. Dezember: 7 1/2 Uhr: Korarionse für versch. G.
Hoch. 7 1/2 Uhr: 3. Seelenamt für Carl Zengraf.

Katholische Gemeinde Bommerstheim.
Mittwoch, den 18. Dezember: 7 1/2 Uhr: best. Seelenamt für Ad-
und Eva Koch geb. Wolf.

Katholische Gemeinde Stierstadt.
Mittwoch, den 18. Dezember: 7 1/2 Uhr: Stiftungsamt für Geo-
und Ursula Sulzbach.

Katholische Gemeinde Oberhöchstädt.
Mittwoch, den 18. Dezember: in Schönberg: 1. Amt für den ver-
hans Becker.

Frankfurter Theaternachrichten.

Kenes Theater.
Dienstag, den 17. Dezember, abends 7 Uhr: „Die Reise nach Stre-
nan“, hierauf: „Variété“. Abonnement 2. Gewöhnliche Frei-
Mittwoch, den 18. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr: „Der hei-
Gernegroß“. Besonders ermäßigte Preise.

Abends 7 Uhr: „Gos.“ Abonnement 2. Gewöhnliche Frei-
Donnerstag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr: „Die Reise na-
Kreuznan“. Hierauf: „Variété“ Abonnement 2. Gewöhnliche
Freitag, den 20. Dezember, abends 7 Uhr: „Gos.“ Geschlossene Bo-
stellung für den Arbeiterrot Frankfurt a. M. Kein Karte-
verkauf.

Sonntag, den 21. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr: „Der hei-
Gernegroß.“ Besonders ermäßigte Preise.
Abends 7 Uhr: „Die Reise nach Kreuznan“, hierauf
„Variété“.